

Herrn
Fritz Rudolf Körper, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

4 Seiten per Mail



Frank Werneke
Stellv. Vorsitzender
Fachbereichsleiter
Medien, Kunst
und Industrie

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Bundesvorstand

Bundesverwaltung
10112 Berlin

Telefon: 030/6956-0

Durchwahl: -2300

Telefax: -3651

PC-Fax: 030/263662300

frank.werneke@verdi.de

www.verdi.de

Datum

02. Juli 2007

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

fw/vm

Betr.: Urheberrechtsnovelle „Zweiter Korb“

Sehr geehrte Frau / Sehr geehrter Herr,

in der letzten Phase der Beratungen zum „Zweiten Gesetz zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft“ (BT Drs. 16/1828) wende ich mich nochmals an Sie mit der eindringlichen Bitte, unsere Sorgen als gewerkschaftliche Vertretung von rund 60.000 Urheberinnen und Urhebern sowie ausübenden Künstlerinnen und Künstlern zu berücksichtigen. Die geplanten Änderungen sind durchweg geeignet, die rechtliche und wirtschaftliche Situation der Kreativen aller Sparten deutlich zu verschlechtern.

Folgende Punkte sind trotz einiger in einer Formulierungshilfe vorgesehenen Entschärfungen des Regierungsentwurfs aus unserer Sicht nach wie vor problematisch:

1. Die Neuregelung der "unbekannten Nutzungsarten":

Bereits in unseren eigenen Stellungnahmen und gemeinsam mit der „Initiative Urheberrecht“ haben wir darauf hingewiesen, dass die derzeit geltende Regelung eine sinnvolle und notwendige Schutzvorschrift ist. Sie verhindert, dass durch Formularverträge den Urheberinnen und Urhebern – leider galt diese vernünftige Regelung nicht für ausübende Künstlerinnen und Künstler – auch Rechte abgepresst werden, von deren zukünftiger Existenz sie noch keinerlei Ahnung haben können. Die Regelung ist in keiner Weise außergewöhnlich, sondern folgt nur dem Grundsatz, dass Verträge so auszulegen sind, wie sie die Vertragsparteien verstehen konnten, dass also nicht Vertragsgegenstand wird, was die Vertragsparteien überhaupt nicht kennen können.

Genau dieses dem Vertrag immanente Prinzip sollte durch Formularverträge nicht unterlaufen werden dürfen, in denen den Urheberinnen und Urhebern zugemutet wird, sich sämtlicher Rechte zu entledigen – auch derer, die sie nicht einmal kennen!

Genau so wird es nun kommen, sollte der vorliegende Gesetzentwurf verabschiedet werden. Schon vorab kündigt der Börsenverein des Deutschen Buchhandels an:

"Der Börsenverein wird hierzu deshalb alsbald eine Expertentagung durchführen und im Anschluss daran überarbeitete Muster aller seiner Verlagsverträge sowie Empfehlungen für die Lizenzpraxis - insbesondere hinsichtlich des Widerrufs neuer Nutzungsarten bei in der Vergangenheit abgeschlossenen Lizenzverträgen, z.B. für die Verfilmung von Büchern - vorlegen." (Dr. Christian Sprang: Newsletter Urheberrecht, 29.6.2007 - Endgültige Regelungen für "Zweiten Korb" / 2./3. Lesung am kommenden Donnerstag)

Alle "Muster" – d.h. die Formularverträge, die Autorinnen und Autoren zum "Fressen oder Sterben" vorgelegt werden – sollen also dahingehend ergänzt werden, dass auch die Rechte für unbekannte Nutzungsarten eingeräumt werden! Dass es einen mit dem Verband deutscher Schriftsteller in ver.di (VS) vereinbarten Normvertrag gibt, auf dessen Einhaltung sich der Börsenverein verpflichtet hat, interessiert diesen offensichtlich nicht, wenn der Gesetzgeber eine solche Chance zum Abräumen von Rechten eröffnet.

Eine Chance, rechtlich gegen solche als AGB genutzte "Muster" vorzugehen, würde es nicht geben, wenn der Bundestag das beschließen sollte, was jetzt als Regierungsentwurf und Formulierungshilfe vorliegt: Obwohl durch solche Klauseln der Umfang der Leistungspflicht einer Vertragspartei unkalkulierbaren künftigen Entwicklungen anheim gestellt wird, was bei anderen Verträgen undenkbar wäre, bleiben sie unangreifbar, weil das der Gesetzgeber durch Streichung des § 31 Abs. 4 ja explizit so gewollt hat!

Dass die Formulierungshilfe nun eine Regelung zur Information der Urheberinnen und Urheber über die Aufnahme der neuen Art von Werknutzung (§ 31a und § 137I) vorsieht, ist definitiv keine Verbesserung! Die dem Verwerter anheim gestellte Information an die „zuletzt bekannte Anschrift“ wird in vielen Fällen den Adressaten bzw. die Adressatin nicht erreichen. Trotzdem soll allein das Absenden zur Folge haben, dass das Widerrufsrecht drei Monate später erlischt. Es zeugt von Rücksichtslosigkeit gegenüber Urheberinnen und Urhebern, wenn man ihre Rechte verkürzt, nur weil jemand eine Nachricht an eine möglicherweise über vierzig Jahre alte Adresse geschickt hat!

Wir appellieren noch einmal eindringlich an den Gesetzgeber, von dieser verunglückten "Reform" Abstand zu nehmen. Den Alternativvorschlag der Initiative Urheberrecht legen wir bei.

2. Vergütungsanspruch aus § 137I - Verwertungsgesellschaftspflichtigkeit

Der Regierungsentwurf zu § 137I des Zweiten Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft sieht vor, dass rückwirkend bis zum 1. Januar 1966 die Rechte für unbekannte Nutzungsarten den Urheberinnen und Urhebern

entzogen und ihrem Vertragspartner zugewiesen werden sollen, wenn diesem „alle wesentlichen Nutzungsrechte“ eingeräumt wurden. Als Kompensation ist ein Anspruch auf eine „gesonderte angemessene Vergütung“ gedacht.

Es könnte von Vorteil sein, die Realisierung dieser Vergütungsansprüche den Verwertungsgesellschaften zu übertragen, wie es die Formulierungshilfe vorschlägt. Dieser Vorschlag ist jedoch unzulänglich, weil die für eine Rechtsdurchsetzung unverzichtbaren Anpassungen in § 13b UrhWahrnG fehlen. Dieser gesetzgeberische Mangel muss jedenfalls behoben werden, weil sonst eine gänzlich entschädigungslose Enteignung droht.

Sollte der Gesetzgeber den in der Formulierungshilfe vorgezeichneten Weg überhaupt gehen und nicht den rechtssicheren Vorschlag der "Initiative Urheberrecht" aufgreifen wollen, muss zumindest folgendes sichergestellt werden:

- Die Vergütungsansprüche müssen problemlos durchsetzbar sein.
- Weder Konflikte um die Höhe der angemessenen Vergütung noch finanzielle Risiken dürfen auf die Verwertungsgesellschaften verlagert und so letztlich den Urhebern allein aufgebürdet werden.

Insgesamt ist die in § 137I vorgesehene Regelung aber unangemessen, unnötig und dürfte zu rechtlichen Auseinandersetzungen führen. Es geht nicht an, allen Urheberinnen und Urhebern vierzig Jahre rückwirkend damals noch unbekannte Rechte zu entziehen, über die zu verfügen, sie – dank einer sinnvollen Schutznorm im Urhebervertragsrecht – nicht gezwungen werden konnten.

3. Kopierverbot bei Schulbüchern

Mit einigem Erstaunen entnehmen wir dem oben zitierten Rundschreiben des Börsenvereins, der selbst von "einer Sensation" spricht, dass nach der Formulierungshilfe das Kopieren aus Schulbüchern künftig nur mit Genehmigung des Berechtigten, also des Verlags, zulässig sein soll. Ohne Anhörung der Urheberorganisationen, ohne transparente Debatte im Gesetzgebungsverfahren soll so anscheinend einer Forderung des Börsenvereins nachgegeben werden, die zu einer massiven Schmälerung der Einkünfte von Urheberinnen und Urheber führen wird:

- Es muss davon ausgegangen werden, dass die Autorinnen und Autoren von Schulbüchern nach den vertraglichen Beteiligungsschlüsseln – wenn überhaupt! – in geringerem Umfang an der Vergütung für das Kopieren beteiligt werden als bei einer Abrechnung über die VG Wort.
- Zudem ist zu befürchten, dass das jetzt vorgesehene Kopierverbot – wie schon bei Noten – nicht durchsetzbar sein wird und somit nur die Einnahmen der VG Wort geschmälert werden.

Es ist ein Skandal, dass solche Änderungen hinter dem Rücken der offenbar bewusst nicht informierten Urheberorganisationen auf Verlangen der Verlage vorgenommen werden sollen. Der Bundestag selbst wird es zu bewerten wissen, dass hier in zweiter und dritter Lesung Regelungen auf den Tisch kommen, die in die bisherige parlamentarische Beratung nicht eingebracht wurden.

4. Vergütung für Geräte und Speichermedien (§ 54a Abs. 4 des Regierungsentwurfs)

Dankenswerterweise nimmt die Formulierungshilfe die unsinnige Limitierung der Gerätevergütung auf höchstens 5 Prozent des Gerätepreises zurück und streicht die Voraussetzung, dass Geräte in „nennenswertem“ Umfang für urheberrechtlich relevante Kopien genutzt werden.

Ärgerlich ist aber, dass die Formulierungshilfe es in § 54a Abs. 4 (2. Halbsatz) letztlich doch bei der Koppelung der Urhebervergütung an die Preise von Geräten und Speichermedien belässt („angemessenes Verhältnis zum Preisniveau“). Für eine solche Verquickung gibt es keinen sachlichen Grund. Sie wird auch dazu führen, dass die Urhebervergütungen fallen, obwohl z.B. die Speichermedien bei sinkendem Preis immer höhere Kapazitäten ausweisen und damit das Anfertigen von Kopien im großen Stil erlauben.

Diese Regelung sollte ersatzlos entfallen.

5. Aufweichung des § 63a

Der Regierungsentwurf beabsichtigt eine bedeutsame Verbesserung des Urhebervertragsrechts in § 63a UrhG partiell zu kassieren. Das darin enthaltene Verbot, gesetzliche Vergütungsansprüche vorweg abzutreten, soll zugunsten der Verlage aufgeweicht werden. Dafür gibt es keinen sachlichen Grund.

Die Formulierung im Regierungsentwurf ist jedenfalls nicht akzeptabel. Wenn es der Gesetzgeber schon für geboten halten sollte, künftig auch Verlage wieder an den Urheberinnen und Urhebern zustehenden gesetzlichen Vergütung zu beteiligen, dann muss es zumindest sicherstellen, dass auch die Urheber künftig ihren Anteil erhalten. Der Regierungsentwurf erlaubt aber auch die Lesart, dass die Verlage allein die Vergütungsansprüche in eine Verwertungsgesellschaft einbringen. Das fiele hinter den Rechtszustand vor Einführung des § 63a zurück.

Eine „Einräumung“ – nicht „Abtretung“! – der Ansprüche im Verlagsvertrag darf allenfalls dann zugelassen werden, wenn der Verlag diese Rechte auch „gemeinsam“ mit dem Autor in die Verwertungsgesellschaft einbringt.

Ich appelliere daher an Sie, dem Regierungsentwurf und der Formulierungshilfe in dieser Fassung nicht zuzustimmen und unsere Vorschläge zur Veränderung des Gesetzentwurfes aufzugreifen.

Für weitere Erörterungen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Frank Werneke – stv. Vorsitzender